

SWR2 Wissen: Aula

Der 9. November – Ein „Schicksalstag“ der Deutschen

Von Wolfgang Nies

Sendung vom: Montag, 1. November 2021, 8.30 Uhr

Redaktion: Ralf Caspary

Produktion: SWR 2021

Kein anderes Datum in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts hat derart gegensätzliche Emotionen hervorgerufen und kontroverse Diskussionen ausgelöst. Wie sollen wir mit dem Datum umgehen, wie wird man seiner Komplexität gerecht?

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Anmoderation:

Mit dem Thema: „Der 9. November – Die Deutschen und ihr „Schicksalstag“. Am Mikrofon: Ralf Caspary.

Kein anderes Datum in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts hat derart gegensätzliche Emotionen hervorgerufen und kontroverse Diskussionen ausgelöst. Am 9. November 1989 fiel z.B. die Berliner Mauer. Am 9. November 1938 war die Reichspogromnacht. Am 9. November 1923 kam es zum Hitler-Putsch.

Wie wurde in der Vergangenheit mit diesem Datum umgegangen, wie sollten wir heute damit umgehen und wie wird man seiner Komplexität gerecht? Hören Sie dazu einen Vortrag des Historikers Dr. Wolfgang Nies, der übrigens auch ein Buch zum Thema geschrieben hat, Titel: „Der 9. November – Die Deutschen und ihr Schicksalstag“, erschienen im Beck-Verlag.

Wolfgang Nies:

Der 9. November ein besonderer Tag für uns Deutsche. Jahr für Jahr gedenken wir am 9. November der sogenannten „Reichskristallnacht“, in der 1938 Synagogen zerstört, jüdische Geschäfte verwüstet und jüdische Deutsche misshandelt und ermordet wurden. Die Erinnerung an diesen grauenvollen Pogrom ist elementarer Bestandteil unserer Gedenkkultur – und das muss dauerhaft so bleiben.

Doch der 9. November ist noch viel mehr.

- Seit 1989 steht der Tag auch für den Sturz der Mauer, die jahrzehntelang die Deutschen in Ost und West trennte. Auch der Mauerfall und die friedliche Revolution in der DDR haben dauerhaft einen Platz in der Geschichtskultur unseres Landes.
- Am 9. November 1918 wurde in Berlin die Republik ausgerufen. Eine siegreiche Revolution beseitigte die Monarchien in Deutschland und legte den Grundstein für die erste deutsche Demokratie, die sogenannte „Weimarer Republik“. Zum 100. Jahrestag nannte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den 9. November 1918 einen „Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte“. Er verdiene „einen herausragenden Platz in der Erinnerungskultur unseres Landes“.
- Am 8. und 9. November 1923 unternahm Adolf Hitler in München einen Putschversuch gegen die ihm so verhasste Republik. Auch dieser Putsch sollte – mit all seinen Begleitumständen – nicht in Vergessenheit geraten.
- Und schließlich gehört in den Kontext des 9. Novembers auch das Attentat des Schreiners Georg Elser, der 1939 mit seiner Bombe im Münchner Bürgerbräukeller den Versuch unternahm, Hitler und die führenden Köpfe des Nazi-Regimes zu töten.

„Der 9. November ist der deutsche Schicksalstag“. So Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in der Gedenkstunde am 9. November 2018. „An diesem Datum

verdichtet sich unsere jüngere Geschichte in ihrer Ambivalenz, mit ihren Widersprüchen, ihren Gegensätzen. Das Tragische und das Glück, der vergebliche Versuch und das Gelingen, Freude und Schuld: All das gehört zusammen. Untrennbar.“ Soweit Wolfgang Schäuble.

Untrennbar zusammen gehört all das auch, weil man einen roten Faden erkennen kann, der die Ereignisse verbindet: Es ist der Kampf um die Demokratie in Deutschland. Wie in keinem anderen Tag des Jahres spiegelt sich im 9. November der lange, von schweren Rückschlägen unterbrochene, schließlich aber doch erfolgreiche Kampf um die Demokratie. Am Ende haben die Demokraten gesiegt und nicht die Feinde der Demokratie – trotz alledem und alledem – und deshalb sollten wir den 9. November zum Nationalen Gedenktag machen.

Er würde eine Fülle von Gelegenheiten bieten, uns Jahr für Jahr mit der deutschen Demokratiegeschichte zu beschäftigen. Wir könnten dabei zurückgreifen bis zur Erschießung Robert Blums, des Abgeordneten der Frankfurter Paulskirche, der 1848 auf den Wiener Barrikaden kämpfte und in die Hände der Habsburger Reaktion fiel. Wir sollten dabei auch die Geschichte des 9. Novembers als Gedenktag einbeziehen, denn seit 1919 wird mit Erinnerungen und Rückblicken am 9. November immer auch Politik gemacht.

Ausgangspunkt ist die Novemberrevolution 1918, die am Ende eines langen und schließlich verlorenen Krieges wie eine Welle vom Norden her über das Deutsche Reich rollt. Matrosen, Arbeiter und Soldaten bringen innerhalb weniger Tage die Monarchien zu Fall und übernehmen die Macht. Am 9. November ruft in Berlin der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik aus. Der Chefredakteur des Berliner Tageblatts, Theodor Wolff, spricht in seinem Leitartikel von der „größten aller Revolutionen“, die das Kaiserreich weggefeht habe.

Die Revolutionsbewegung will zunächst vor allem ein schnelles Ende des verlorenen Krieges, aber auch politische und gesellschaftliche Veränderungen. Die damals gesplante Sozialdemokratie hat die Novemberrevolution nicht gemacht, aber sie stellt die Übergangsregierung und gibt der Umwälzung ihre Prägung. Bereits am 12. November 1918 wird verkündet, dass von nun an in Deutschland alle Parlamente in direkter, allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden. Frauen bekommen das Wahlrecht. Die Zensur wird aufgehoben, ab sofort gelten Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Für Betriebe und Behörden wird der Acht-Stunden-Tag verkündet. Gewerkschaften und Unternehmerverbände verständigen sich über Mitbestimmung in allen Fragen der Wirtschaft. Das neue Staatswesen soll eine soziale Republik sein.

Die Novemberrevolution ist in der Tat ein Meilenstein in der deutschen Demokratiegeschichte. Zum ersten Mal beginnt am 9. November 1918 der Aufbau einer deutschen Demokratie. Das Volk wählt eine Nationalversammlung, die im Februar 1919 in Weimar zu ihrer ersten Sitzung zusammentritt. Zug um Zug baut sie die neue Republik auf, wählt einen Präsidenten und eine Regierung, verabschiedet eine Verfassung. Anfangs regiert eine Koalition aus Sozialdemokraten, Katholischer Zentrumspartei und linksliberalen Demokraten, die über eine Drei-Viertel-Mehrheit im Parlament verfügt, die Verfassung spiegelt die Zusammenarbeit zwischen

Sozialdemokratie und demokratischem Bürgertum. Auf den ersten Blick scheint die Zukunft der Demokratie gesichert.

Aber schon im Entstehen ist die Republik mit gewaltigen Herausforderungen konfrontiert. Es geht um das schlichte Überleben, um Nahrungsmittel und Heizmaterial, es geht um die Demobilisierung des Heeres und die Umstellung der Wirtschaft auf Friedensproduktion. Die wirtschaftliche und soziale Lage ist denkbar schlecht.

Es geht aber auch um grundsätzliche politische Fragen. Die radikale Linke lehnt eine parlamentarische Demokratie rundweg ab, bleibt damit aber eine kleine Minderheit innerhalb der Revolutionsbewegung. Dennoch kommt es zu Aufständen und Streiks, die im Auftrag der Regierung von Freikorps und letzten Einheiten der alten kaiserlichen Armee niedergeschlagen werden. Dabei gehen sie vielfach mit äußerster Brutalität vor. Bis in die Achtzigerjahre wird in der DDR die Legende verbreitet, die Sozialdemokraten hätten die Revolution „verraten“.

Die größere Gefahr kommt allerdings von rechts. Die alten Militärs verbreiteten schon bald die Legende, die Novemberrevolution sei der Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres gewesen, ohne sie hätte der Krieg vielleicht noch gewonnen werden können. Die als hart und ungerecht empfundenen Friedensbedingungen werden nicht dem alten Regime angelastet, sondern der Demokratie. Sehr schnell verliert die Republik an Zustimmung bis weit ins bürgerliche Lager hinein. Nationalisten und Monarchisten verspüren Aufwind.

Versuche, den 9. November zum Nationalfeiertag zu machen, scheitern 1919 auf Reichsebene schon in Ansätzen. Aber in Sachsen, später in Thüringen, Braunschweig und Anhalt wird der 9. November zum Feiertag erklärt.

Zum ersten Jahrestag des 9. November bekennen sich lediglich die Sozialdemokraten klar und vorbehaltlos zur Demokratie. Von der „größten aller Revolutionen“ ist inzwischen keine Rede mehr. Nicht nur die Artikel in der deutsch-nationalen Presse, auch die in bürgerlich-konservativen Blättern lassen kaum ein gutes Haar an der jungen Republik, die angeblich nur Unordnung und Zuchtlosigkeit, Knechtschaft und Hunger gebracht habe und dem Gemüt des deutschen Volkes nichts geben könne.

Es waren keineswegs nur die Extremisten von rechts und links, die gegen die Demokratie mobil machten. Das zeigt besonders anschaulich das zweite herausragende Novemberdatum, der sogenannte Hitlerputsch im Jahr 1923.

Adolf Hitler erklärt am Abend des 8. November im Münchner Bürgerbräukeller die Regierung der „Novemberverbrecher“ in Berlin für abgesetzt und unternimmt am folgenden Tag mit etwa 2000 Männern einen „Marsch zur Feldherrnhalle“. Dort kommt es zu einem Schusswechsel mit der bayerischen Landespolizei. 14 Putschisten und vier Polizisten werden getötet.

So lernen diese Geschichte – wenn überhaupt – auch heute noch Schüler im Geschichtsunterricht kennen. Wäre das alles, bräuchte man über diesen Putsch

kaum ein Wort zu verlieren. Unter Aspekten der Demokratieggeschichte ist der Kontext wichtig, und der entwickelte sich schon aus dem Kapp-Putsch heraus.

Im März 1920 marschieren nationalistische Militärs in Berlin ein und übernehmen die Macht. Die Reichswehrführung weigert sich, gegen die Putschisten vorzugehen – „Truppe schießt nicht auf Truppe“ ist das Credo des Chefs der Heeresleitung, General von Seeckt. Die Regierung flieht aus Berlin, der Putsch wird durch einen Generalstreik niedergedrungen, zu dem Gewerkschaften und SPD aufrufen. Nach wenigen Tagen ist er gescheitert.

In Bayern allerdings findet während dieses Putsches ein Umsturz mit Langzeitfolgen statt. Durch militärischen Druck wird die Sozialdemokratie aus der Regierung gedrängt und Gustav Ritter von Kahr zum Ministerpräsidenten gemacht. Kahr ist bekennender Monarchist, Antisemit und ein entschiedener Gegner der Demokratie. Unter Kahr macht sich die Vorstellung breit, Bayern müsse zur „Ordnungszelle“ Deutschlands werden, Gegenpol zum angeblich jüdisch und marxistisch verseuchten Berlin.

Alte antipreußische Ressentiments und weiß-blaue Wolkenkuckucksheime verbinden sich zu einer brisanten Mischung. Es entstehen paramilitärische Kampf- und Wehrverbände. Der Freistaat Bayern entwickelt sich zum Rückzugs- und Aktionsraum völkischer und nationalistischer Kräfte aus ganz Deutschland. Wem anderswo der Boden zu heiß wird, der flüchtet in die „Ordnungszelle Bayern“. Hier wird die Ermordung herausragender Repräsentanten der Republik wie Mathias Erzberger oder Walter Rathenau geplant und organisiert.

In diesem Milieu kann auch ein Mann wie Adolf Hitler Fuß fassen und groß werden. Hitler kommt 1919 als Soldat nach München und wird von der bayerischen Reichswehr als „national zuverlässiger“ Schulungsredner eingesetzt. Mit Billigung seines Vorgesetzten tritt er in die Deutsche Arbeiterpartei ein und wird in kürzester Zeit zum populärsten Redner dieser kleinen Splitterpartei. Seine aggressiven Tiraden gegen den Verrat der angeblichen Novemberverbrecher von 1918, gegen Juden und Bolschewisten, gegen die Republik und für eine nationale Wiedergeburt werden begeistert bejubelt. Schon im Mai 1921 empfängt ihn Ministerpräsident Kahr.

Angesehene Münchner Familien verschaffen ihm Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und den Propagandaapparat der NSDAP auszubauen. Ohne diese Unterstützung wäre Hitler ein unbedeutender Biersaalpropagandist geblieben. So aber gelingt es ihm, zu einem Faktor der bayerischen Politik zu werden, mit dem man rechnen muss, als 1923 mit dem Einmarsch französischer Truppen ins Ruhrgebiet ein entscheidendes Krisenjahr für die deutsche Demokratie beginnt.

Die Empörung über den Einmarsch ist groß, und die Reichsregierung ruft zum passiven Widerstand auf. Schon bald muss sie aber erkennen, dass dessen Folgen für die deutsche Staatskasse katastrophal sind. Die ohnehin schon hohe Inflation nimmt gewaltig Fahrt auf, und doch ist eine Beendigung des passiven Widerstands nicht denkbar, ohne die gesamte nationale Rechte in Aufruhr zu bringen. Davor schreckt die bürgerliche Regierung zurück. Im Sommer treibt das Land in eine Hyperinflation mit gigantischen Ausmaßen. Nach Unruhen und Plünderungen kommt es zur Bildung einer Großen Koalition, die von der Deutschen Volkspartei bis zur

SPD reicht. Gustav Stresemann wird Reichskanzler und beendet den passiven Widerstand.

Die nationale Rechte tobt nicht nur gegen diesen „schmählichen Verrat“, sie will die Krise zur Beseitigung der verhassten Demokratie nutzen. In Berlin denken deutsch-nationale Kreise an ein Direktorium, das ohne jede parlamentarische Kontrolle regieren soll. In Bayern plant der inzwischen als Generalstaatskommissar regierende Kahr, die Berliner Regierung durch ein massives Aufgebot von Bewaffneten an der bayerischen Nordgrenze unter Druck zu setzen und zum Rücktritt zu bewegen. Wenn nötig, soll mit einem „Marsch auf Berlin“ gedroht und eine nationale Diktatur erzwungen werden. Die gewaltigen bayerischen Wehrverbände, die von der Reichswehr insgeheim, aber mit Billigung der Regierung ausgebildet werden, sollen die bayerische Reichswehrdivision verstärken.

Kahr steht in Kontakt zu Verschwörern im Norden. Er weiß, dass auch General von Seeckt auf eine nationale Diktatur hinarbeitet. Ende Oktober 1923 ist alles bereit zum „Losschlagen“ – doch dann beginnt Kahr zu zögern. Seeckt hat ihn dringend gebeten, noch etwas abzuwarten, versichert aber in einem persönlichen Brief, dass er mit Kahrs Zielen völlig übereinstimme.

Während Kahr nun bremst, fürchtet Hitler, ausgebootet zu werden. Er versteht Kahrs Zögern nicht und steht unter dem Druck seiner eigenen Männer, die sich nicht wochenlang in Alarmbereitschaft halten lassen. So entscheidet er sich, am 8. November vorzupreschen, Kahr vor vollendete Tatsachen zu stellen und ihm so den „Sprung zu erleichtern“ – nun aber unter seiner, Hitlers, Führung.

Hitler ist völlig klar, dass er ohne die bayerische Reichswehr und die bayerische Landespolizei auf verlorenem Posten stünde. Der Putsch ist gescheitert, als sich Kahr in der Nacht von ihm distanziert. Der sogenannte Marsch auf die Feldherrnhalle am 9. November ist ein bewaffneter Demonstrationszug ohne Sinn und Verstand. Hitler verbindet damit allenfalls die vage Hoffnung, die begeisterte Zustimmung der Münchner Bürger könnte Reichswehr und Landespolizei doch noch auf seine Seite bringen. Davon aber kann keine Rede sein.

Es ist nicht in erster Linie der dilettantische Putschversuch Hitlers, an den wir mit Blick auf den 9. November 1923 erinnern sollten, sondern vielmehr die Politik der höchsten Repräsentanten des Freistaats Bayern, die im Herbst 1923 fest entschlossen waren, die parlamentarische Demokratie durch eine nationale Diktatur zu ersetzen. Die Münchner Kreise, die Hitler groß gemacht haben, verdienen unsere Aufmerksamkeit, der Antisemitismus, der in der bayerischen Hauptstadt auch ohne Hitler grassierte, die nationalistische und monarchistische Rechte, die Hitler für ihre eigenen Ziele einspannen wollte, weil angeblich nur er in der Lage sei, die Arbeiter dem Marxismus zu entreißen und wieder für die nationale Sache zu begeistern. Der erste Versuch endete 1923 in einem Fiasko. Der zweite Versuch 1933 in der Katastrophe.

Dass ein zweiter Versuch überhaupt möglich wurde, verdankte Hitler auch der bayerischen Justiz. Die war bestrebt, die Hintergründe des Putsches möglichst im Dunkeln zu lassen. Hitler wird lediglich zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, zur geringstmöglichen Strafe bei Hochverrat. Im Urteil wird ihm und den Mitangeklagten

bescheinigt, dass sie „bei Ihrem Tun von rein vaterländischem Geiste und dem edelsten selbstlosen Willen geleitet waren“. Eine Abschiebung des österreichischen Staatsbürgers Hitler, die nach dem Gesetz zum Schutz der Republik zwingend erfolgen müsste, lehnt das Gericht ab. Es stellt Hitler vielmehr vorzeitige Entlassung in Aussicht. Bereits zu Weihnachten 1924 ist er wieder auf freiem Fuß. Am 27. Februar 1925 gründet er die NSDAP neu – im Bürgerbräukeller, in dem am 8. November 1923 der Putsch begonnen hat.

Der gescheiterte Hitlerputsch setzt auch einen Schlusspunkt unter alle anderen Diktaturpläne. Bayern wird sich bewusst, auf welchen Irrweg es sich begeben hat und vollzieht eine Wende. Die Demokratie hat sich fürs erste durchgesetzt. Die Weimarer Republik stabilisiert sich, es beginnt die Phase des Aufbruchs und der Neuerungen, die „Goldenen Zwanziger Jahre“.

Allgemein akzeptiert ist die Republik dennoch nicht. Nur für die Sozialdemokraten ist der 9. November jedes Jahr ein Grund zum Feiern. Dagegen zeichnet die Presse der nationalen Rechten regelmäßig am 9. November ein Bild des Niedergangs als Folge der Demokratie. Von den Symbolen der neuen Republik könne keinerlei Begeisterung ausgehen, wird behauptet. Schwarz-rot-gold sei für sehr, sehr viele das Symbol der Revolution und des allgemeinen Zusammenbruchs. Die Blätter des deutschnationalen Pressezaren Alfred Hugenberg sprechen am 9. November gar von „Landesverrat“ und von „Novemberverbrechern“ – genau wie die Nationalsozialisten.

Für die Propaganda der NSDAP hat der 9. November nun zusätzliche Bedeutung. Hitler macht ihn zum Trauertag der Bewegung, an dem der „Märtyrer und Helden“ gedacht wird, die 1923 vor der Feldherrnhalle „gefallen“ seien. Ein völlig sinnloses Unternehmen deutet die NS-Propaganda zum Heldenepos um. Nach dem Machtantritt Hitlers stilisiert sie es sogar zum Opfergang, der den großen Sieg von 1933 erst möglich gemacht habe. Jedes Jahr werden nun am 8. und 9. November in München mit einer gigantischen Inszenierung die „Blutzeugen der Bewegung“ geehrt. Auf dem Königsplatz baut man Ehrentempel für sie, in denen sie angeblich „Ewige Wache“ halten.

Hitlers geschichtspolitischer Umgang mit dem 9. November ist perfide und verlogen, aber äußerst wirkungsvoll. Der 9. November avanciert zum höchsten Feiertag im nationalsozialistischen Jahreskalender. Aus dem ganzen Reich kommt das Führungspersonal der Partei nach München – um dabei zu sein und um Hitler höchstpersönlich zu begegnen, denn der ist bis in den Zweiten Weltkrieg hinein stets Mittelpunkt der Feierlichkeiten.

Ausgerechnet am 9. November 1938 stirbt dann der Legationssekretär, den ein jüdischer Jugendlicher in der deutschen Botschaft in Paris mit Schüssen verletzt hat. Das bietet die Gelegenheit, einen Pogrom gegen die deutschen Juden auszulösen, den führende Nazis – allen voran Joseph Goebbels – stimmungsmäßig schon seit Monaten vorbereiten. Es darum, die schon seit Jahren entrechteten und drangsalierten jüdischen Deutschen mit aller Gewalt aus dem Land zu treiben – ohne dass sie eventuell vorhandenes Vermögen mitnehmen können. In panischer Not sollen sie nach dem Pogrom fliehen und möglichst alles zurücklassen.

Der 9. November bietet eine ideale Plattform, um einen solchen Pogrom als „Zorn des empörten Volkes“ zu inszenieren, vielleicht sogar die einzige im ganzen Jahresverlauf. Beim Empfang im Alten Rathaus am Abend kann Goebbels den nationalsozialistischen Unter- und Nebenführern den Auftrag dazu erteilen, ohne dass er das ausdrücklich formuliert. Hier verstehen alle, was von ihnen erwartet wird, und setzen in Gang, was wir heute mit Ekel, Fassungslosigkeit und tiefster Scham nur als Rückfall in die Barbarei bezeichnen können. Es sind beileibe nicht nur SA-Schläger, die sich an der Gewaltorgie beteiligen. Zehn Prozent der Bevölkerung sollen nach neueren Schätzungen auf die eine oder andere Weise mitgemacht haben. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Mehrheit der Deutschen lehnt den Pogrom ab. Die furchtbaren Bilder dieser Nacht und des folgenden Tages stoßen auch viele ab, die grundsätzlich mit der Entrechtung und Verfolgung der Juden in Deutschland einverstanden sind.

Das Regime reagiert darauf. Der Novemberpogrom war der furchtbarste und zugleich der letzte Ausbruch des Schläger- und Radau-Antisemitismus in Deutschland. Danach wird nicht mehr in aller Öffentlichkeit gebrandschatzt, geprügelt, geplündert und gemordet, sondern in Konzentrationslagern, später in Vernichtungslagern im Osten.

Der 9. November des folgenden Jahres steht für ein anderes Kapitel, an das wir dauerhaft erinnern sollten: Weil Hitler zuverlässig jedes Jahr in München ist und am Abend des 8. November im Bürgerbräukeller vor den „Alten Kämpfern“ der Partei spricht, sieht der Kunstschreiner Georg Elser darin eine einmalige Gelegenheit für ein erfolgreiches Attentat auf Hitler und andere führende Nazis. Die Geschichte seines Bombenattentats ist in den vergangenen vierzig Jahren vielfach beschrieben und auch verfilmt worden. Georg Elser hat gezeigt, was ein einzelner vermag, wenn er entschlossen ist, Diktatoren entgegenzutreten. Seine Tat ist inzwischen in der deutschen Geschichtskultur angekommen.

Es hat allerdings lange gedauert – und nicht nur bei Elser. Auch an die Novemberpogrome wird nach dem Ende der Nazi Herrschaft zunächst kaum erinnert. Es ist ein mühevoller Weg, bis am 9. November 1978 zum ersten Mal ein deutscher Bundeskanzler bei einer zentralen Gedenkfeier spricht. Dann aber rücken die Novemberpogrome immer stärker ins Zentrum des westdeutschen Gedenkens am 9. November.

In der DDR erinnert man zunächst vor allem an die Novemberrevolution – selbstverständlich ganz im Sinne des SED-KPD-Geschichtsbildes, nach dem die Novemberrevolution am Verrat der SPD gescheitert sei. Nur eine marxistisch-leninistische Partei hätte eine wahrhaft sozialistische Revolution erreichen können – so die Lehre der Partei- und Staatsführung, die dem Volk jedes Jahr am 9. November verkündet, in der DDR seien nun die Ziele der Novemberrevolution von 1918 verwirklicht. Erst in den späten Siebzigerjahren beginnt auch die DDR nach und nach, ihre historische Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands anzunehmen und an den Novemberpogrom zu erinnern.

Die friedliche Revolution in der DDR beendet dieses Kapitel der deutschen Geschichte. Der Sturz der Mauer in den späten Abendstunden des 9. November 1989 ist das Ergebnis einer Revolution. Mutige Frauen und Männer haben sich seit

Monaten trotz aller Repressalien zusammengefunden und demonstriert. Am Ende fällt das Regime der SED in sich zusammen, unfähig und unwillig, Reformen durchzuführen. „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, schreibt Michail Gorbatschow den DDR-Oberen zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung ins Stammbuch – wenige Wochen vor dem 9. November 1989.

„Wahnsinn!“ war dann das am meisten gestammelte oder freudig herausgeschriene Wort in der Nacht der Nächte vom 9. auf den 10. November. Die Bilder mit den Tanzenden auf der Mauerkrone vor dem Brandenburger Tor, mit den überglücklichen Menschen, die einfach so in den Westen und wieder zurück strömen, gehen um die Welt und signalisieren den Beginn einer neuen Epoche der Weltgeschichte.

Unmittelbar nach diesem „glücklichsten Tag der Deutschen“ kommt der Gedanke auf, den 9. November zum gemeinsamen Feiertag der beiden deutschen Staaten zu machen. Sofort gibt es aber auch Bedenken. Wie soll das gehen, an ein und demselben Tag den Mauerfall feiern und der Novemberpogrome gedenken? Nicht nur die Juden in Deutschland fürchten, dass über kurz oder lang die Erinnerung an die grauenvollen Verbrechen ins Abseits geraten könnten.

Als bereits nach wenigen Wochen über die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten gesprochen wird, kommt der 9. November für die verantwortlichen Politiker nicht ernsthaft als Nationalfeiertag in Betracht – obwohl er viele Befürworter aus allen gesellschaftlichen Bereichen findet.

Seither sind mehr als dreißig Jahre vergangen, in denen manche Befürchtung zerstreut wurde. Es hat sich gezeigt, dass der Novemberpogrom nachhaltig in der deutschen Erinnerungs- und Gedenkkultur verankert ist. Auf vielfältige Weise ist es in den letzten Jahren auch gelungen, zugleich an die Ereignisse des 9. November in ihrer ganzen Breite zu erinnern.

Wäre es nicht angesichts dieser Erfahrungen an der Zeit, dem 9. November mehr Gewicht in unserer Geschichtskultur zu geben? Ihn zum Nationalen Gedenktag zu machen, an dem wir Jahr für Jahr auf vielfältige Weise an den schwierigen, am Ende aber doch erfolgreichen Kampf um die Demokratie in Deutschland erinnern.

Demokratie ist auch in Europa, auch in Deutschland keineswegs selbstverständlich und für alle Zeiten gesichert. Sie musste erkämpft und sie muss verteidigt werden, wenn sie Bestand haben soll. Täte es unserer Gesellschaft nicht gut, sich einmal im Jahr auf vielfältige Weise und an vielen Orten mit den historischen Grundlagen unserer Demokratie zu beschäftigen und sich zu demokratischen Werten zu bekennen?

Hitler hat seinerzeit den 9. November gekapert und den toten Putschisten aufs Denkmal geschrieben: „Und ihr habt doch gesiegt!“ Wäre es nicht an der Zeit, ihm jedes Jahr in aller Deutlichkeit zu widersprechen: Gesiegt haben nicht die Feinde der Demokratie, gesiegt haben die Demokraten – und das soll und wird so bleiben.
